

Die Verstetigung von Deprofessionalisierung, eingeschränkter Partizipation, sozialen Ungleichheiten und unzureichender Ausstattung: Corona als Brennglas für die Herausforderungen der Sozialen Arbeit

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Stuttgart

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Stuttgart (2021). Die Verstetigung von Deprofessionalisierung, eingeschränkter Partizipation, sozialen Ungleichheiten und unzureichender Ausstattung: Corona als Brennglas für die Herausforderungen der Sozialen Arbeit. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 41(159), 111-117. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91878-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Stuttgart

Die Verstetigung von Deprofessionalisierung, eingeschränkter Partizipation, sozialen Ungleichheiten und unzureichender Ausstattung – Corona als Brennglas für die Herausforderungen der Sozialen Arbeit

Anlässlich der krisenhaften Situation rund um die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 haben wir, der Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit (AKS) Stuttgart, Kolleg*innen in der Sozialen Arbeit dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen und Eindrücke zu den aktuellen Entwicklungen in Form von Fallgeschichten zu schildern. Durch die Aktion wollten wir entsprechend unserem Selbstverständnis einerseits einen Raum eröffnen, in dem verschiedene Erfahrungen geteilt werden können, und andererseits einen über unsere Sicht hinausweisenden Blick auf die aktuelle komplexe Gemengelage in der Praxis der Sozialen Arbeit erlangen. Auf den Aufruf meldeten sich einige Kolleg*innen aus der ganzen Bundesrepublik mit ausführlichen, sehr interessanten Fallgeschichten und ihren Einschätzungen dazu.

Im Prozess der Systematisierung der Fallgeschichten zeichnete sich für uns ab, dass es sich bei den Schilderungen nicht um Probleme oder Herausforderungen einzelner Kolleg*innen oder einzelner Handlungsfelder handelt, sondern, dass die gegenwärtige Ausnahmesituation wie ein Brennglas die strukturellen Herausforderungen der Praxis sowie die alltäglichen Probleme der Adressat*innen bündelt und sich ihre Situation dadurch verschärft. Unsere ersten Erkenntnisse daraus stellen wir im Folgenden anhand ausgewählter Fallskizzen dar. Daraus leiten wir anschließend Vorschläge und Forderungen ab, die aus unserer Perspektive einen möglichen Weg hin zu einer gelingender(en) professionellen Praxis in der aktuellen Krisensituation und darüber hinausweisen könnten. Wir verstehen dies als ersten Diskussionsanstoß und Anlass, weiter mit Kolleg*innen ins Gespräch zu kommen.

Deprofessionalisierung

Erstens wurde in den Fallgeschichten eine Verstärkung der sich bereits in den letzten Jahren abgezeichneten Tendenz der Deprofessionalisierung Sozialer Arbeit sichtbar.

Die professionelle Falldeutung – als ein Aspekt professioneller Tätigkeit – trat aus unserer Sicht während der Krise im Frühjahr 2020 in den Hintergrund. Die Soziale Arbeit delegierte in der Krise teilweise ihre Verantwortung an die Adressat*innen und entzog sich dabei professionellen Deutungen der Situationen. In der Konsequenz führte dies dazu, dass die gegenwärtige Situation nicht mit Ansprüchen eröffnenden Vokabeln gegenüber Verwaltung und Sozialer Arbeit vermittelt werden konnte, also Bedarfe der Adressat*innen nicht ausreichend eingeschätzt oder keine den Bedarfslagen entsprechenden Angebote bereitgestellt wurden. Dabei wurde unter anderem auf patriarchale Figuren der Verantwortung der Kernfamilie, und insbesondere der Mutter, zurückgegriffen, wie das folgende Beispiel verdeutlicht:

Eine Kollegin berichtet von einer Adressatin der Wohnungslosenhilfe, deren Sohn in einer Wohngruppe der Jugendhilfe untergebracht ist. Als Maßnahme zur Eindämmung der Infektionsgefahr und ohne Vorbereitung wurde der Sohn nun bei den getrenntlebenden Eltern untergebracht. Der größte Teil der Betreuung wurde von der Mutter übernommen. Ihre durch Grundsicherung begrenzten finanziellen Ressourcen reichten kaum für sie selbst aus. So war es ihr kaum möglich, die erhöhten finanziellen Anforderungen aufgrund der Maßnahmen gegen die Pandemie (Essensvorräte anschaffen) und die Mehrkosten durch den Aufenthalt des Sohnes zu bewältigen. Für die Ausstattung mit digitalen Endgeräten (Laptop, Tablet o.ä.) reichte das Geld nicht aus. Um die Beschulung des Sohnes zu Hause zu gewährleisten, musste das Kind auf das Smartphone der Mutter zurückgreifen. Die Adressat*in war mit der Kommunikation mit den Lehrenden, den fehlenden Rückzugsmöglichkeiten, dem Verlust ihrer Tagesstruktur und der Verantwortung, eine Tagesstruktur für das Kind herzustellen, völlig überfordert.

Eine Kollegin aus einer Kindertagesstätte für unter 3-Jährige berichtet, dass ihr Träger die Einrichtung zunächst ohne die Option einer Notbetreuung geschlossen habe, mit der Begründung, dass die Eltern – überwiegend in nicht systemrelevanten Berufsfeldern tätig seien. Während der Schließzeit wies der Träger die Fachkräfte an, in der Einrichtung präsent zu sein, ohne den Auftrag zu konkretisieren. Einige Tage später wurde den Fachkräften angewiesen, täglich Videos für die zu Hause gebliebenen Kinder zu erstellen. Entsprechendes Equipment wurde dazu nicht bereitgestellt. Zu den Videos hinzu kamen admi-

nistrative Aufgaben, aus anderen Einrichtungen wurde auch berichtet, dass die Fachkräfte zur Reinigung der Räume herangezogen wurden oder den Auftrag bekamen Mund-Nasen-Schutze zu nähen. In beiden Fallbeispielen wird einerseits eine Delegation der Verantwortung an die Adressat*innen und andererseits eine Delegation von arbeitsbereichsfernen Aufgaben an die pädagogischen Fachkräfte sichtbar. Diese Deprofessionalisierungstendenzen trafen in vielen Einrichtungen bereits auf deprofessionalisierte Personalstrukturen, wie uns beispielsweise Kolleg*innen aus dem Ganztagesbereich an einer Grundschule berichteten, in der kaum noch pädagogisch ausgebildetes Personal eingestellt wird, der Träger aber auch nicht für eine anschließende Qualifizierung sorgt.

Der Entscheidungsspielraum der Kolleginnen, der vor der Pandemie mit ihrer Expertise begründet wurde, schrumpfte auf ein Minimum zusammen oder ging während der Maßnahmen im Frühling gänzlich verloren. Ein hierarchisches Top-Down wurde eingeführt, das zwar Orientierung suggerierte, dafür aber Handlungsspielräume extrem verengte. Die autoritären Eingriffe in die professionelle Handlungsautonomie wirkten zunächst arbeitserleichternd, boten sie doch Orientierung und Struktur in einem von Diffusität und Unsicherheiten geprägten Praxisalltag. Dass aber nur Abläufe und Formalia top-down diktiert werden können, die pädagogische Praxis aber von Aushandlung, Wechselseitigkeit und Beziehung geprägt ist, die auf entsprechendem Expert*innenwissen und professionell reflektierter Erfahrung aufbaut, geht in dieser scheinbaren Sicherheit des Top-Downs verloren. Bricht jener Teil der professionellen Deutung weg, droht einerseits Willkür in die Beziehungsgestaltung einzuziehen oder wird Praxis auf Verwaltung der Adressat*innen reduziert.

Eingeschränkte Partizipation

Damit hängt ein zweites wichtiges Thema zusammen, das sich in den Fallbeispielen zeigt: Der Rückgang von Partizipation. In Laufe der Pandemie wurde nicht nur der Entscheidungsspielraum der Sozialarbeiter*innen, sondern auch die Partizipation von Adressat*innen vor Ort eingeschränkt. Die Entscheidungen wurden überwiegend von Vorgesetzten getroffen, obgleich Sozialarbeiter*innen und Adressat*innen maßgeblich von den Veränderungen betroffen waren, diese um- und durchsetzen mussten oder sich mit den neuen Regeln zu arrangieren hatten.

Partizipation heißt jedoch nicht nur, dass jede*r mitbestimmen soll, sondern dass gerade diejenigen berücksichtigt werden, die besonders ausgegrenzt sind. Denn Adressat*innen in besonders prekarierten Wohn- und Lebensverhältnissen

treffen die Auswirkungen der Krise besonders hart. Wie das folgende Beispiel illustriert, können einzelne Maßnahmen zum Schutz von Personen getroffen werden. Anderes bleibt riskant, etwa die Wohn- und Unterbringungssituationen, die durch restriktive politische Regelungen entstehen.

So berichtete eine Kollegin aus einer Unterkunft für geflüchtete Menschen, dass es dort kaum möglich war, die Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkünfte vor einer Ansteckung mit Covid-19 zu schützen, da teilweise bis zu 130 Menschen in einem Haus leben. Pro Person stehen oft nur 7 m² zum Leben und Schlafen zur Verfügung, Küche und Sanitäreinrichtungen werden gemeinsam mit ca. 15 Personen genutzt, sodass durch die extreme räumliche Enge das Abstandhalten verunmöglicht wird. Für die Sozialarbeitenden war es nicht möglich, den Kontakt abzubrechen oder die Beratung ausschließlich aus dem Homeoffice zu bewerkstelligen, da die Sozialarbeiter*innen und Klient*innen nicht ausreichend auf gemeinsame Sprachen zurückgreifen können, um ausschließlich über Mail oder Telefon zu kommunizieren. Hinzu kommt, dass die Menschen in dieser prekarierten Lebenslage oft nur über Sozialhilfe oder niedrige Gehälter verfügen und so das Handyguthaben und/oder Datenvolumen für den Kontakt mit der Beratungsstelle, für Homeschooling und weitere Online-Bildungsangebote sehr begrenzt sind.

Deutlich wird, dass Partizipation eine Notwendigkeit und ein Grundprinzip Sozialer Arbeit und ebenso auch in Bildungsprozessen keinen Luxus in sogenannten „guten“ Zeiten darstellt. Für mehrfachbenachteiligte Adressat*innen braucht es zusätzlich niederschwellige Zugänge zu Beratung und Bildung auch in der Krise, da sie sonst von diesen abgeschnitten werden.

Es deutete sich außerdem an einigen Stellen an, dass die (notwendigen!) Corona-Schutzmaßnahmen als Gelegenheit genutzt werden, um aufwändige und „unangenehme“ Prozesse – denn Beteiligung und demokratische Entscheidungsfindung sind aufwändiger als hierarchische Entscheidungen Einzelner – unter dem Deckmantel der Hygienemaßnahmen vorschnell auszuhebeln.

In dem Fallbeispiel zeigt sich außerdem eindrücklich, dass die Adressat*innen der Sozialen Arbeit selbstverständlich keine homogene Gruppe darstellen. Für Personen, die bereits vor der Pandemie unzureichend mit finanziellen, digitalen und sozialen Ressourcen ausgestattet waren, verschlechterte sich die Lebenssituation drastisch. Aufgrund verschiedener Hürden und Hindernisse wurden und werden genau diese mehrfachbenachteiligten Personengruppen weniger von den Angeboten der Sozialen Arbeit erreicht, auch ohne die Zugangs- und Kontaktbeschränkungen im Frühjahr 2020. Deshalb muss Soziale Arbeit aus unserer Sicht in der gegenwärtigen Krise ihre Angebote in erster Linie an mehrfachbenachteiligten

und den am schwersten zu erreichenden Menschen ausrichten, um bestehenden Ungleichheiten entgegenzuwirken.

Folgen unzureichender finanzieller und personeller Ausstattung

Auffallend ist drittens, dass sich die Herausforderungen zwar während der Corona-Situation massiv zugespitzt haben, was jedoch auch eine Folge der bisherigen unzureichenden finanziellen und personellen Ausstattung in einzelnen Handlungsfeldern ist:

Eine Fachkraft aus der Nachmittagsbetreuung einer Grundschule schildert uns, dass die dort Beschäftigten unbefristete sowie befristete Stellenanteile haben. Aktuell wurden vom Träger letztere gestrichen, ohne dies gegenüber den Fachkräften transparent zu begründen. In diesem Handlungsfeld zeigte sich bereits vor Corona tagtäglich ein dringender Bedarf an Aufstockung personeller Ressourcen, um die Schüler*innen vor Ort angemessen betreuen zu können. Dieser Notwendigkeit wurde und wird jedoch nicht beigegeben. Statt Stellen zu schaffen und mit entsprechend qualifizierten Fachkräften zu besetzen, werden Angebote einfach gestrichen. So beispielsweise Angebote, die eine Betreuung durch mehr Personal erforderlich machen würden, wie Ausflüge in die nähere Umgebung, den Wald usw. Hieran wird deutlich, dass Entscheidungen in erster Linie nach finanziellen und nicht nach pädagogischen Maßstäben getroffen werden, wie auch das nächste Beispiel illustriert:

Aus einem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) wurde berichtet, dass die Fachkräfte aufgrund der ungenügenden personellen Besetzung bereits vor Corona schon „an den absoluten Grenzen“ arbeiten mussten. Die Situation in Zeiten der Corona-Krise, in denen in gesplitteten Teams im Homeoffice gearbeitet wird und die Kontaktmöglichkeiten zu den Adressat*innen massiv eingeschränkt sind, ist hochbrisant und untragbar, sowohl für die Sozialarbeitenden als auch die Adressat*innen des ASD. Aktuell können nur noch die absolut dringlichsten Fälle bearbeitet werden, sodass sich Situationen innerhalb von Familien beispielsweise erst extrem zuspitzen müssen, damit der ASD tätig wird. Ohne den dringend angezeigten Ausbau personeller Ressourcen, können also selbst strukturkonservative Aufträge Sozialer Arbeit, wie etwa der Kontrollauftrag der Kinder- und Jugendhilfe – bspw. bei Kindeswohlgefährdungen – nicht angemessen umgesetzt werden.

Ein Sozialarbeiter eines anderen ASD berichtet uns von vergleichbaren Zuständen. Anstatt auf mehrfach eingereichte Überlastungsanzeigen des Kollegiums mit entsprechenden Maßnahmen zu reagieren, kam es dort zuletzt zu der inoffiziellen Vorgabe, dass sogenannte „Wohlfühlleistungen“ – gemeint sind hiermit

überwiegend präventive Angebote – nicht mehr beantragt werden dürfen, da weiter gespart werden müsse.

Im Anschluss an die beiden skizzierten Fallbeschreibungen lässt sich festhalten, dass dafür Sorge getragen werden muss, dass es nicht nur ausreichend qualifiziertes Personal gibt, um dem Auftrag der Sozialen Arbeit professionell nachzugehen, sondern, dass es darüber hinaus einen personellen ‘Puffer’ geben muss, damit unabhängig von den sich verändernden Rahmenbedingungen und etwaigen Krisen – die in der Pädagogik bzw. Sozialen Arbeit der Regelarbeit sind – kontinuierlich professionell gearbeitet werden kann.

Unsere Forderungen

Aus den skizzierten Fallbeschreibungen und den darin liegenden Themen leiten wir abschließend Forderungen an Kolleg*innen in der Sozialen Arbeit sowie an Entscheidungsträger*innen bei den Trägern der Sozialen Arbeit und in kommunalen Gremien ab:

Erstens fordern wir alle Beschäftigten in sozialen Berufen auf, der hier exemplarisch nachgezeichneten gegenwärtig stattfindenden Deprofessionalisierung entgegenzuwirken. An die Kolleg*innen appellieren wir, sich einzumischen, Verantwortung für das professionelle Handeln einzufordern und der Vereinnahmung der Praxis durch autoritäre Zugriffe entgegenzuwirken. An die Träger richten wir die Forderung, Strukturen zu schaffen, in denen professionelle Soziale Arbeit möglich ist, in denen professionelle Autonomie gefördert wird und sich in Aushandlungsprozessen mit den Adressat*innen entfalten kann.

Zweitens fordern wir, dass gerade in Krisenzeiten alle Adressat*innen beteiligt werden, insbesondere mehrfach belastete Personen. An die Kolleg*innen appellieren wir, die Mitbestimmung und Berücksichtigung der Adressat*innen einzufordern. Von den Entscheidungsträger*innen, also den Einrichtungsleitungen und den Gremien der kommunalen Hilfesysteme, fordern wir die in den letzten Jahren hart erkämpften Beteiligungsformate von Adressat*innen auch in der Krise ernst zu nehmen.

Drittens fordern wir von den Entscheidungsträger*innen bei Trägern und Kommunen, für qualifiziertes Personal zu sorgen. Soziale Arbeit muss von Sozialarbeiter*innen oder ähnlich qualifizierten Fachkräften geleistet werden. Wir fordern zudem die zusätzliche Bereitstellung von personellen Ressourcen, denn in den aktuellen Krisenzeiten wird deutlich, dass das Planen auf Kante zu erheblichen Einbußen im fachlichen Handeln führt. Außerdem fordern wir neben dem Ausbau der personellen Ausstattung auch die Abschaffung einzelfallbezogener

Finanzierungen. Es bedarf stattdessen einer flächendeckenden Einführung von Pauschalleistungen, die sich an den jeweiligen Fallzahlen und der Schwere der Bedarfe orientieren, die aber flexibel und an den zeitlichen Erfordernissen angepasst einsetzbar sind.

Infos zum Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Stuttgart

Der AKS Stuttgart hat sich im Januar 2019 gegründet und ist ein Zusammenschluss von Personen, die gegenwärtig in verschiedenen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit tätig sind; in der Sozialen Arbeit lehren oder forschen. Alle drei Wochen finden Treffen statt, zu denen Interessierte herzlich eingeladen sind. Nähere Infos sind auf der Homepage (<https://aks-stuttgart.info>) zu finden oder können per Mail erfragt werden: aks-stuttgart@riseup.net

Wir freuen uns über weiteren Austausch zu den genannten Themen!

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Stuttgart

E-Mail: aks-stuttgart@riseup.net

Kritische Soziale Arbeit: Eingriffe und Positionen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Leser und Leserinnen,

die Zeitschrift *Widersprüche* bietet seit Heft 133 den Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit und vergleichbaren Initiativen den Raum und die Möglichkeit, über ihre Positionen, Vorhaben, Publikationen, Kampagnen und andere wichtige Ereignisse zu berichten.

Kurze Texte, knappe Dokumentationen und Ähnliches können wir direkt in diese Rubrik aufnehmen. Längere Texte können mit einem kurzen Aufriss sowie einem entsprechenden Link vorgestellt werden, sodass Leserinnen einen leichten Zugang zum kompletten Dokument haben. Terminankündigungen sind hier nur dann sinnvoll, wenn auf Ereignisse hingewiesen wird, die einen entsprechenden Vorlauf haben.

Koordiniert wird diese Rubrik von Timm Kunstreich, mit dem auch weitere Details besprochen werden können. Die Kontaktadresse zum Senden der Beiträge lautet: timmkunstreich@t-online.de

Die Beiträge werden zu den folgenden Redaktionsschlüssen für die nächsten Hefte entgegengenommen: 10.04.2021 (Heft 160), 10.07.2021 (Heft 161) und 10.10.2021 (Heft 162).

Die Redaktion